ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Rucht, Dieter

Book Part — Digitized Version

Von der Bewegung zur Institution?: Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (1987) : Von der Bewegung zur Institution?: Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung, In: Roland Roth, Dieter Rucht (Ed.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, ISBN 3-593-33823-8, Campus, Frankfurt/M. ; New York, NY, pp. 238-260

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/112603

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

DIETER RUCHT

Von der Bewegung zur Institution?

Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung

Die Idee eines »natürlichen« Lebenszyklus sozialer Bewegungen scheint auf Sozialwissenschaftler eine eigentümliche Faszinationskraft auszuüben. Sie besagt, daß Bewegungen aus einem fluiden, amorphen Anfangszustand allmählich in organisierte Formen übergehen und schließlich in den Bahnen institutioneller Verfestigung dahinscheiden[1]. Die Arbeiterbewegung gilt als prototypisches Exempel eines solchen Zyklus. Dieser Sichtweise zufolge erwuchs aus dem entwurzelten, pauperisierten Massenproletariat eine soziale Bewegung, welche erst mit der vereinsförmigen, genossenschaftlichen, gewerkschaftlichen und parteiförmigen Organisation an Gestalt und Einfluß gewann. Am Ende verbleiben schließlich bürokratisierte Apparate als institutionell geronnene Produkte der Bewegung. In diesem Stadium werden Bewegungsaktivitäten bestenfalls zu rituellen Anlässen – etwa Tarifverhandlungen oder Mai-Kundgebungen – inszeniert. Sie sind jedoch nicht mehr von spontaner, drangvoller Emphase getragen.

In Anlehnung an klassische Lebenszyklusmodelle hat der Bielefelder Soziologe Otthein Rammstedt ein idealtypisches Verlaufsschema sozialer Bewegungen ent-

1 Einflußreich für diese Sichtweise war Robert Michels klassische Studie zur Oligarchisierung der deutschen Sozialdemokratie. Ein frühes, generalisierendes Phasenschema zur Entwicklung sozialer Bewegungen bietet Rosa Mayreder. Auf eine »ideologische« folgt eine »organisatorische« und schließlich »machthaberische« Phase, in welcher das ideologische Programm zur Phrase verkommt und das Interesse der Selbsterhaltung in den Mittelpunkt rückt, so daß »im Verlauf der historischen Bahn die Macht ihr eigener Zweck wird« und die Bewegung die Tendenz verliert, »das Herrschende, zu dem sie nun gehört, zu verändern«. R. Mayreder, Der typische Verlauf sozialer Bewegungen, Wien–Leipzig 1925, S. 30 und S. 46. In den USA erlangte das Phasenschema von Carl Dawson und Warner Gettys zur »Karriere« sozialer Bewegungen weithin Anerkennung. Hier wird eine Abfolge in vier Stufen von »social unrest«, »popular excitement«, »formal organization« und »institutionalization« unterstellt. Vgl. C. A. Dawson/W. E. Gettys, Introduction to Sociology, New York 1935, Kap. 19. Herbert Blumer reserviert dieses Modell für den Typus von »specific social movements«, während er von »general social movements« (etwa der Arbeiter-, Jugend-, Frauen- und Friedensbewegung) behauptet, sie seien als Bewegungen unorganisiert, verfügten über keine etablierte Führung oder anerkannte Mitgliedschaften und wenig Lenkung und Kontrolle. Vgl. H. Blumer, Elementary Collective Behavior, in: A. M. Lee (Hrsg.), Principles of Sociology, 2. überarb. Ausgabe, New York 1951, S. 200.

worfen[2]. Dieses differenzierte Konstrukt hat zwar den Vorteil, den Spannungsbogen von Aufstieg und Institutionalisierung sozialer Bewegungen nicht von vornherein deterministisch darzustellen. So wird bei jeder Stufenfolge die Möglichkeit eines alternativen Entwicklungspfads unterstellt. Unumstößlich und insofern deterministisch erscheinen aber Richtung und Abfolge der Etappen. Die Stufe der »Organisation« ist demnach eine späte Errungenschaft. Sie markiert den Anfang vom Ende der sozialen Bewegung, das mit der Phase der »Institutionalisierung« endgültig besiegelt wird.

Hintergrund der Lebenszyklus-Modelle ist die organizistische Vorstellung von Geburt, Blüte und Niedergang einer sozialen Bewegung. Dieser Ablauf bleibe der Disposition der kollektiven Akteure prinzipiell verschlossen. In einer Zuspitzung dieser These nimmt Rammstedt sogar an, der Prozeß der sozialen Bewegung entziehe sich nicht nur der Gestaltungskraft, sondern notwendig auch dem Bewußtsein der Akteure[3].

Modelle und Interpretationen der vorgestellten Art gehen an der Wirklichkeit vieler Bewegungen vorbei. Dies nicht deshalb, weil die Realität eben komplexer, vielfältiger, facettenreicher wäre. Einwände dieser Art mißverstehen den Status eines Idealtypus. Vielmehr wird der systematische Stellenwert von Organisation wie von Selbstreflexion für soziale Bewegungen in solchen idealtypischen Rekonstruktionen verkannt. Den Keim derartiger Mißverständnisse bilden zumeist fragwürdige Stilisierungen historischer und aktueller Sozialbewegungen. Demgegenüber lassen sich folgende Thesen festhalten:

- Organisation ist kein Spätprodukt im Lebenszyklus sozialer Bewegungen, sondern ein notwendiges Korrelat in allen ihren Phasen. Wieviel Organisation eine Bewegung jeweils braucht oder verträgt, ist nicht modellhaft zu bestimmen, sondern hängt ab von historischen Umständen, darunter auch strategischen Konstellationen, den Erfahrungen und Werten der Aktivisten und dem Grad der Reflexivität gegenüber Strukturfragen.
- Soziale Bewegungen sind nicht notwendig am Ende, wenn sie nicht mehr wachsen, keine sich steigernde Außenaktivität entfalten oder deutliche Institutionalisierungstendenzen aufweisen. Interne Krisen (Abwanderungen, Abspaltungen, Konversionen), Phasen der latenten Existenz[4], der Selbstreflexion, der institutionellen (Re-)Konsolidierung auf schmalerem Niveau oder

2 Vgl. O. Rammstedt, Soziale Bewegung, Frankfurt am Main 1978, S. 137ff.

3 »Muß der Zwang zu ständiger Veränderung von den Teilnehmern einer sozialen Bewegung empfunden werden, so ist der Ablauf der Veränderungen, der Prozeß der sozialen Bewegung, den Teilnehmern kaum bewußt. Denn wäre die Gesetzmäßigkeit des Prozesses bekannt, so wäre die Bewegung der Bewegung gefährdet;...«. O. Rammstedt, Soziale Bewegung – Modell und Forschungsperspektiven, in: H. Matthöfer (Hrsg.), Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen, Villingen 1977, S. 448.

4 Zur Latenz und Sichtbarkeit sozialer Bewegungen vgl. A. Melucci, An end to social movements? Introductory paper to the sessions on »new movements and change in organizational forms«, in: Social Science Information, 23 (1984) 4/5, S. 829f.

auch kontingente externe Ereignisse können eine Voraussetzung für einen erneuten Aktivitäts- und Expansionsschub bilden.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die organisatorische Struktur der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik[5], ohne jedoch hierbei die beiden obigen Thesen systematisch untermauern zu können. So ist es in diesem Rahmen nicht möglich, die Entwicklungsphasen und Aktivitätszyklen der Ökologiebewegung in ihren Wechselbeziehungen zu den jeweiligen Organisationsformen zu rekonstruieren. Angesichts des noch kärglichen Wissensstandes geht es hier vor allem darum, etwas mehr Licht auf die Struktur der Ökologiebewegung zu werfen, welche oft – höchst einäugig – als ein Konglomerat kleiner, autonomer Gruppen, Initiativen und Projekte beschrieben wird. Im Nebeneffekt macht dieser Beitrag zumindest deutlich, daß die im Kontext der neuen sozialen Bewegungen zu sehende Ökologiebewegung weder in einem organisatorischen Vakuum entstand noch eigene Organisationen erst in einer späten Verlaufsphase hervorgebracht hat.

I. Organisation und Organisationsfragen in neuen sozialen Bewegungen

Implizit oder explizit wird der Begriff der neuen sozialen Bewegungen von dem der Arbeiterbewegung und deren Nachfolgeorganisationen abgesetzt. Im Selbstverständnis der neuen sozialen Bewegungen bedeutet dies nicht nur die Abkehr von bestimmten politischen Inhalten, vor allem vom produktivistischen Fortschrittskonzept, sondern auch die Abkehr von bestimmten organisatorischen Formen. Die Institutionalisierung und Oligarchisierung der Arbeiterbewegung, ihr instrumentelles Verhältnis zu Strukturfragen, schließlich ihre Hinwendung zur »Stellvertreterpolitik« ist die Negativfolie, von der sich die neuen sozialen Bewegungen spiegelbildlich abzuheben suchen.

Die Studentenbewegung und die Neue Linke setzten gegen die festgefahrenen Strukturen der organisierten Arbeiterschaft die spontaneistische Aktion. Doch selbst auf dem Höhepunkt der antiautoritären Revolte wurde die Notwendigkeit von Organisation nicht prinzipiell bestritten[6]. Halbwegs dauerhafte und umfassend angelegte Organisationsstrukturen vermochte die Studentenbewegung

5 Die Quellenbasis dieser Ausführungen bilden zum einen vorhandene Studien zu Organisation der Ökologiebewegung, zum zweiten Selbstdarstellungen und Materialien entsprechender Organisationen, drittens längere Interviews, die der Verfasser mit Vertretern diverser Gruppen und Verbände im Frühjahr und Sommer 1986 durchführte, und schließlich telefonische und schriftliche Auskünfte.

6 »Wir lehnen nicht Organisation schlechthin ab; was wir bestreiten, ist die Notwendigkeit einer revolutionären Führung, die Notwendigkeit einer revolutionären Partei.« G. und D. Cohn-Bendit, Linksradikalismus – Gewaltkur gegen die Alterskrankheit des Kommunismus, Hamburg 1968, S. 265.

jedoch nicht hervorzubringen. Ein großer Teil ihrer Aktivisten ging sang- und klanglos in einer unpolitischen Normalexistenz auf. Andere wurden im Zuge der sozialliberalen Reformeuphorie in »etablierte« Parteien eingemeindet. Ein weiterer Teil driftete in sektiererische, von revolutionärem Pathos beseelte Zirkel der extremen Linken. Deren autoritäre Binnenstrukturen bestätigten nur die antiinstitutionellen Affekte der unabhängigen Gruppen im Umfeld der undogmatischen Linken, der Kommunen und Wohngemeinschaften, der Bürgerinitiativen und der Frauenbewegung, die zumindest partiell als ein weiteres Entmischungsprodukt der Studentenbewegung anzusehen sind. Gerade die zuletzt genannten Gruppierungen gewannen mit den Zerfallserscheinungen der kommunistischen Splitterorganisationen und mit der Desillusionierung sozialliberaler Reformerwartungen zunehmend an Boden.

Die neuen Protestgruppen, die sich erst allmählich vernetzten und als Bewegungen wahrnahmen, haben keinen organisatorischen Fokus, wie ihn der Sozialistische Deutsche Studentenbund für die Studentenbewegung darstellte. Diese Dezentralität entspricht weitgehend dem Selbstverständnis als »Basisbewegungen«, dem Anspruch nach »Unmittelbarkeit«, dem Versuch, allen Institutionalisierungs- und Bürokratisierungstendenzen entgegenzutreten. »Initiativen«, »Projekte« oder »Arbeitsgruppen« sind die bevorzugten Formen kollektiver Praxis. Schon diese Bezeichnungen sollen den losen, informellen Status unterstreichen. Problemen der internen Kommunikation, der demokratischen Entscheidungsfindung und der Rollenverteilung wird in diesen Gruppierungen eine große Aufmerksamkeit zuteil. Die egalitäre Binnenstruktur gilt vielfach als Modell und Vorschein einer authentischen Demokratie, deren formale Strukturen es mit »Leben« zu erfüllen gelte. Mit dem Motiv der »Politisierung des Alltags« verbindet sich die Politisierung von Organisationsfragen[7]. So wie sich die Vorstellung einer wertneutralen Technik verflüchtigt, so werden auch interne und externe Organisationen nicht länger als rein instrumentell handhabbare Apparate gesehen, die man nur im richtigen Sinne zu nutzen habe. Form und Existenz von Gruppen beziehungsweise Bewegungen sind für sich ein Ziel[8]. Tendenziell werden somit die Erfordernisse effektiver Organisation den Bedürfnissen individueller und gruppenbezogener Autonomie nachgeordnet.

In ihrem Selbstbild stilisieren sich die neuen sozialen Bewegungen als Graswurzelbewegungen. Auch sozialwissenschaftliche Beobachter neigen dazu, dieses Bild zu übernehmen und in der Form der Graswurzelorganisation geradezu ein Charakteristikum neuer sozialer Bewegungen zu sehen[9]. Tatsächlich fehlen in praktisch

7 Vgl. W.-D. Narr, Zum Politikum der Form, in: Leviathan 2 (1980), S. 143ff.

8 »The new organizational form of contemporary movements is not just ›instrumental‹ for their goals. It is a goal in itself. Since the action is focused on cultural codes, the *form* of the movement is a message, a symbolic challenge to the dominant patterns.« Melucci, a. a. O. (Anm. 4), S. 830.

9 So zum Beispiel P. Gundelach, Social transformation and new forms of voluntary associations, in: Social Science Information, 23 (1984) 6, S. 1068.

allen Einzelbewegungen zentrale, alle relevanten Gruppen und Strömungen repräsentierende Organisationskerne. Hierbei zeigen sich allerdings Unterschiede von Bewegung zu Bewegung[10]. Während die Frauenbewegung bislang ihren antiinstitutionellen Impetus am konsequentesten durchhalten konnte, spielen für die Ökologiebewegung verbandsförmige Organisationen und nicht zuletzt die Partei der GRÜNEN eine erhebliche Rolle.

II. Zur Dynamik und Struktur von Naturschutzverbänden und Ökologiebewegung

Eine historische und systematische Analyse des organisierten Naturschutzes und der Ökologiebewegung in Deutschland beziehungsweise der Bundesrepublik Deutschland steht bislang aus. So können lediglich sehr vorläufige Hinweise zu dieser Thematik geliefert werden. Vorab sollen jedoch das Themenfeld und einige analytische Leitlinien abgesteckt werden. In einer sicher nur groben Annäherung wird hier mit *Ökologiebewegung* der Verflechtungszusammenhang der Gruppen, Strömungen und Organisationen bezeichnet, die als nichtstaatliche Akteure das Anliegen eines umfassend verstandenen Umweltschutzes auch auf politischer Ebene geltend machen und sich selbst einer solchen Bewegung zurechnen. Nach diesem Verständnis werden traditionelle, unpolitische Naturschutzbemühungen ausgeklammert, wobei in der Praxis sicher fließende Übergänge bestehen.

Der Begriff Ökologiebewegung setzt sich in der Bundesrepublik erst um 1978 durch[11]. Aufgrund des fortgeschrittenen Vernetzungsgrades der einzelnen Gruppierungen und der Anerkennung eines wenn auch vage und disparat bleibenden

10 Vgl. dazu D. Rucht, Zur Organisation der neuen sozialen Bewegungen, in: J. W. Falter/C. Fenner/M. Th. Greven (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, S. 609ff.

11 Der Begriff »ökologische ›Bewegung‹« beziehungsweise »Ökologiebewegung« wird im deutschsprachigen Raum von Hans Magnus Enzensberger zunächst mit Blick auf anglosächsische und skandinavische Länder und von Wolfgang Hertle mit Blick auf Frankreich verwendet. Vgl. H. M. Enzensberger, Zur Kritik der politischen Ökologie, in: Kursbuch 33 (1973), S. 6; W. Hertle, Skizze der französischen Ökologiebewegung, in: Gewaltfreie Aktion, 26–27/1975–1976, S. 41ff. Kurt Oeser vermerkt 1974, daß sich durch das lawinenartige Anschwellen der Bürgerinitiativen vor allem im Bereich des Umweltschutzes diese Gruppen »geradezu zu einer ›Volksbewegung‹« entwickelt hätten. Vgl. K. Oeser, Progressive und reaktionäre Bürgerinitiativen, in: S. Haffner u. a., Bürger initiativ, Stuttgart 1974, S. 37. Meines Wissens verwendet Theodor Ebert den Begriff »Ökologiebewegung« erstmals systematisch für die bundesrepublikanische Situation. Vgl. Th. Ebert, Pazifismus und Ökologiebewegung, in: Gewaltfreie Aktion, 28–29–30/1976, S. 2ff.; Th. Ebert, Von den Bürgerinitiativen zur Ökologiebewegung, in: Gewaltfreie Aktion, 33–34/1977, S. 2ff. Zugleich kommt mit Peter Cornelius Mayer-Tasch auch der Terminus »Bürgerinitiativbewegung« in Umlauf. Vgl. P. C. Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung, Reinbek 1976. Dieser Begriff findet zwischen 1976 und 1979 implizit zumeist für die Umweltschutzinitiativen Verwendung. Synonym dazu wird um 1978/79 auch von den »Grünen« (Bossel 1978) oder der »Grünen Bewegung« (Amery

politisch-ideologischen Nenners[12] kann man jedoch bereits spätestens ab Mitte der siebziger Jahre die Existenz einer entsprechenden Bewegung unterstellen. Ob es zweckmäßig ist, auch rückwirkend die Lebensreform- und Jugendbewegung als ökologische Bewegungen zu bezeichnen[13], sei hier dahingestellt.

Inhaltlich lassen sich innerhalb der Ökologiebewegung zwei Hauptströmungen unterscheiden. Dies ist einmal der *pragmatische Umweltschutz,* der die bestehenden politisch-institutionellen Rahmenbedingungen im wesentlichen akzeptiert. Die zweite Grundströmung ist die utopisch angeleitete, auf gesamtgesellschaftliche Veränderungen zielende *politische Ökologie.* Gerade unter organisatorischen Gesichtspunkten können jedoch die analytisch von der Ökologiebewegung geschiedenen Gruppierungen des *traditionellen Naturschutzes* nicht ignoriert werden, da sie faktisch mit denen des pragmatischen Umweltschutzes verflochten sind, teils auch von der Ökologiebewegung beeinflußt wurden und sich dieser zunehmend angenähert haben[14].

Die genannten Strömungen[15] haben weit zurückreichende Wurzeln, die erst in den letzten Jahren verstärkt Beachtung finden. Im Bereich des traditionellen Natur-

1978) gesprochen. Danach kommt es zu einer klareren Ausdifferenzierung von Ökologiebewegung und den parteiförmig organisierten GRÜNEN, während der Begriff der Bürgerinitiativbewegung zunehmend an Schärfe verliert, teils rückblickend für eine bestimmte Entwicklungsphase verwendet wird (vgl. P. C. Mayer-Tasch, Die Welt als Baustelle, Zürich 1982, S. 15; D. Rucht, Planung und Partizipation, München 1982), teils aber auch zurückgewiesen wird. Vgl. zum Beispiel R. Roth, Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik – eine vorläufige Skizze, in: K.-W. Brand (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 1985, S. 45.

12 Dieser utopische Nenner einer »sanften« ökologischen Gesellschaft wurde meist in platter Entgegensetzung zu den Kennzeichen der »harten« Gesellschaft der Gegenwart gewonnen. Häufig rezipierte Schematisierungen eines vorher/nachher (= schlecht/gut) haben unter anderem Robin Clarke und James Robertson entworfen.

13 So zum Beispiel U. Linse, Ökopax und Anarchie. Eine Geschichte der ökologischen Bewegungen in Deutschland, München 1986. Im Unterschied zu Linse verweist jedoch C. Conti (Abschied vom Bürgertum. Alternative Bewegungen in Deutschland von 1890 bis heute, Reinbek 1984) auch auf die Diskontinuität der Bewegungen von damals und heute.

14 Bemerkenswert frühzeitig und konsequent erfolgte diese Umorientierung beim Bund Naturschutz in Bayern: Der »Begriff Naturschutz muß umfunktioniert werden«, so der neue Vorstandsvorsitzende Hubert Weinzierl in seiner Antrittsrede, da der Bund Naturschutz »immer noch mit den längst überholten Vorstellungen vom Blumenschützen und der alten Tierschutztante behaftet und belastet« sei. Zitiert nach E. Hoplitschek, Der Bund Naturschutz in Bayern, Dissertation im Fachbereich Politische Wissenschaften der Freien Universität Berlin, 1984, S. 98.

15 Unabhängig vom Verfasser legt eine Forschungsgruppe der Universität Mailand ihren Untersuchungen zur italienischen Ökologiebewegung eine analoge Klassifizierung von »Conservationism«, »Environmentalism« und »Political Ecology« zugrunde. Vgl. M. Diani/G. Lodi, On Participation in the Ecological Movement, Vorlage für »Transformation of Structure into Action«: An International Workshop on Participation in Social Movements, 12.–14. Juni 1986 in Amsterdam.

schutzes besteht eine augenfällige ideologische und organisatorische Kontinuität. Auch für die heutige Ökologiebewegung sind ideologische Gemeinsamkeiten vor allem mit der Lebensreform- und Teilen der Jugendbewegung nachzuweisen. Jedoch bestehen innerhalb dieses Stranges – nicht zuletzt durch die gewaltsame Zäsur des Nationalsozialismus – so gut wie keine organisatorischen Verbindungslinien, wenn man einmal von dem der Arbeiterbewegung entstammenden Touristenverein »Die Naturfreunde«[16], den anthroposophischen Gemeinschaften[17] und dem Wirken exponierter Einzelpersonen absieht.

Schon diese knappen Hinweise zeigen, daß die Ökologiebewegung in einer Art Momentaufnahme, in welcher ihr sozialer Kontext und ihre Entwicklungsdynamik ausgeblendet bleiben, nicht angemessen zu erfassen ist. Das gilt auch für ihre organisatorischen Strukturen, die sich doch im Vergleich zu kurzatmigen Themenkonjunkturen und Mobilisierungswellen als stabiler erweisen. Würde man das Organisationsprofil der Ökologiebewegung von 1970, 1975 und heute vergleichen, so erhielte man jeweils sich deutlich unterscheidende Muster.

Im folgenden wird nur am Rande auf prozessuale Aspekte eingegangen. Zudem bleiben jene Organisationen weitgehend ausgeklammert, die sich lediglich zweitrangig oder marginal mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes befassen (etwa Verbände der Fischer, Jäger, Alpinisten oder Verbraucher), obgleich sie aufgrund ihrer Größe und Ressourcen hierfür durchaus bedeutsame Beiträge zu liefern vermögen[18].

16 »Die Naturfreunde«, die Kultur, Politik, Sport und Naturerlebnis als Medien persönlicher und gesellschaftlicher Entwicklung zu integrieren suchen, wurden 1895 in Wien unter anderen durch Karl Renner ins Leben gerufen. Sie verstehen sich als internationalistische Organisation (Zusammenschluß in der »Naturfreunde-Internationale«). Für die Organisation hatte und hat die Nutzung der oft idyllisch gelegenen »Naturfreundehäuser« (derzeit rund 400 in der Bundesrepublik) als Orte der Begegnung eine große Bedeutung. Die Mitgliederzahl des deutschen Verbandes stagniert seit langem bei rund 120 000 – ein Indiz dafür, daß der Verband, der von seiner Tradition und Programmatik prädestiniert gewesen wäre, vom Aufschwung ökologischer Themen zu profitieren, bislang den Anschluß verpaßt hat. Angesichts der grünen und alternativen Konkurrenz ist jedoch die bundesdeutsche Sozialdemokratie neuerdings darum bemüht, die Naturfreunde, ihre vormals schändlich mißachtete »Verwandtschaft«, freundlich zu umarmen.

17 Die »anthroposophische Gesellschaft« in der Bundesrepublik zählt derzeit rund 40 000 Mitglieder. Zur anthroposophischen Infrastruktur gehören unter anderem eine Bank (Bank für Geben, Leihen und Schenken/GLS), pharmazeutische Betriebe, eine Klinik und eine kleine medizinische Hochschule, rund 100 Waldorfschulen und eine Reihe biologisch-dynamischer Höfe mit entsprechenden Vertriebsorganisationen.

18 Zur Unterscheidung von primär und sekundär am Umweltschutz interessierten Verbänden vgl. T. Ellwein/M. Leonhard/P. Schmidt, Umweltschutzverbände in der Bundesrepublik Deutschland (unveröff. Studie im Auftrag des Bundesumweltamtes Berlin), 1985.

1. Entwicklungslinien

Anfang der siebziger Jahre kam auf vielen Ebenen Bewegung in die bislang eher antiquierten und schleppenden Bemühungen des Naturschutzes[19]. Wichtige Impulse brachten das Europäische Naturschutzjahr (1970) und die Stockholmer Umweltschutzkonferenz (1972). In der Bundesrepublik wurden recht hastig administrative und gesetzgeberische Initiativen gestartet. Sehr rasch wuchs die allgemeine Sensibilität für Umweltfragen. Die Medien öffneten sich der Thematik; Bürgerinitiativen im Bereich des Umweltschutzes gewannen an Zulauf.

Von dieser Entwicklung blieben auch jene Vereine und Verbände des herkömmlichen Natur- und Heimatschutzes nicht unberührt, die lange vor der sich nun ausformenden Ökologiebewegung entstanden waren. Den meisten dieser Organisationen fiel es jedoch schwer, auf die gewandelten Bedingungen zu reagieren. Das Aufkommen autonomer, nicht selten zu unkonventionellen Mitteln greifender Umweltinitiativen, die Etablierung neuer, offensiv operierender regionaler und nationaler Umweltorganisationen, die fast schlagartige Popularisierung und Politisierung des Natur- und Umweltschutzes wurde halb distanziert, halb fasziniert zur Kenntnis genommen. Im Unterschied etwa zu Frankreich führte diese Entwicklung in der Bundesrepublik jedoch zu keiner Dualisierung oder gar Frontstellung zwischen traditionellem Naturschutz und Ökologiebewegung[20]. Vereinzelt vollzogen klassische Naturschutzorganisationen die Wende zum Umweltschutz aus eigener Kraft und Einsicht; zuweilen kam es lediglich zu minimalen Anpassungsprozessen und kosmetischen Korrekturen; am signifikantesten waren jedoch die Annäherungen sowie die personellen und organisatorischen Verflechtungen zwischen alten und neuen Organisationen. Jedenfalls öffnete sich die Mehrzahl der Traditionsverbände des Naturschutzes, wenn auch zögernd und in unterschiedlichem Maße, für das neue Selbstverständnis des Umweltschutzes[21].

---

19 Vgl. dazu auch K.-G. Wey, Umweltpolitik in Deutschland, Opladen 1982, S. 168f. Dieses Urteil gilt allerdings nicht für die Lebensschutzbünde wie etwa den »Kampfbund gegen Atomschäden« (gegr. 1956) oder den »Weltbund zum Schutze des Lebens« (WSL) (1960 Gründung der deutschen Sektion). Diese Organisationen richteten sich frühzeitig und in scharfer Form gegen die Nutzung der Atomenergie. Vertreter des rechtslastigen WSL waren bis etwa 1977/78 in der Anti-AKW-Bewegung präsent, haben sich in der Folgezeit jedoch weitgehend zurückgezogen. Der WSL verweigerte dem Verfasser jegliche Auskünfte über die Organisation. Nach vagen Schätzungen dürfte die Zahl seiner Mitglieder heute weniger als 1 000 betragen. Auch der von H. Bruns initiierte »Deutsche Bund für Lebensschutz« (vgl. dazu die Selbstdarstellung in: 25 Jahre Deutscher Naturschutzring, hrsg. vom DNR, Bonn 1976, S. 39) tritt mit seinen wenigen hundert Mitgliedern kaum in Erscheinung.

20 Vgl. dazu D. Rucht, Environmental movement organizations in West Germany and France – structure and interorganizational relations, in: B. Klandermans (ed.), Organizing for change: social movement organizations across cultures, Greenwich, Conn. (erscheint 1987).

21 Dies äußerte sich auch in neuen Etikettierungen. Der Deutsche Naturschutzring gab sich im Zuge seiner behutsamen programmatischen Erneuerung um 1971 den Untertitel

Damit konnten sie auch am Aufschwung des Umweltthemas partizipieren, fast durchweg ihre Mitgliedschaft verbreitern und fallweise eine beachtliche publizistische und staatliche Anerkennung finden[22].

Dieser Wandel vollzog sich nicht immer kontinuierlich und harmonisch. Vor allem in der größten Dachorganisation, dem Deutschen Naturschutzring (DNR), brachen die Konflikte zwischen unpolitischem Naturschutz und modernem Umweltschutz in aller Schärfe auf. Die mit daraus resultierende Immobilität des Verbandes wurde konsequenterweise mit der Gründung einer eigenständigen, in sich relativ homogenen Organisation, dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND), beantwortet.

Weitgehend unabhängig von den genannten Verbänden hatten sich bereits ab den frühen siebziger Jahren die Initiativen und Organisationen der politischen Ökologie herausgeschält. Ihr Brennpunkt war und ist der Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie, auch wenn das Themen- und Aktionsspektrum bedeutend breiter ist. Ein Großteil dieser Gruppierungen hat seinen informellen und autonomen Charakter bis heute im Prinzip beibehalten. Zugleich entstanden aber auch auf regionaler wie nationaler Ebene stärker formalisierte Strukturen. Bis Anfang der achtziger Jahre hatte hierbei der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) eine Schlüsselrolle inne. Diese Position hat er jedoch aufgrund interner Krisen, aber auch wegen des Aufstiegs anderer vitaler Organisationen (etwa BUND, Greenpeace oder DIE GRÜNEN), inzwischen eingebüßt.

2. *Das strukturelle Profil von Naturschutzverbänden und Organisationen der Ökologiebewegung*

Heute stellen die Organisationen des Naturschutzes und der Ökologiebewegung ein komplexes, facettenreiches und kaum überschaubares Netzwerk dar. Dazu gehören hinsichtlich ihrer formalen Strukturen, Organisationsziele und politisch-ideologischen Orientierungen höchst verschiedenartige Gruppierungen und Organisationen, deren Extreme naturgemäß nur indirekt, über Zwischenglieder, mit-

»Bundesverband für Umweltschutz«. Der Bund Naturschutz in Bayern, der sich tatsächlich in einen kämpferischen Umweltverband verwandelte, behielt zwar seinen Namen unverändert bei, nannte aber seine ehrwürdige Zeitschrift »Blätter für Naturschutz« ab 1971 »Blätter für Natur- und Umweltschutz« und versah sie ab 1976 mit dem Untertitel »Vierteljahreszeitschrift für Ökologie und Umweltpolitik«.

22 Bestimmte Umwelt- und Naturschutzverbände sind gemäß Paragraph 29 des Bundesnaturschutzgesetzes offiziell als klageberechtigt anerkannt. Die Haushaltsmittel des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Förderung dieser Verbände stiegen von 0,13 Millionen DM (1970) auf 1,378 Millionen DM (1982). Vgl. dazu E. Müller, Innenwelt der Umweltpolitik, Opladen 1986, S. 566f. Allerdings sind die Verbände in sehr unterschiedlichem Maße von diesen Mitteln abhängig. Lag der Anteil staatlicher Zuwendungen beim DNR in den vergangenen Jahren bei 50 bis 65 Prozent, so betrug er beim BUND nur rund 10 Prozent.

einander verbunden sind. Im groben läßt sich eine *Doppelstruktur* von eher hierarchischen, vereins- und verbandsförmigen Organisationen herkömmlichen Zuschnitts und eher informellen, dezentral organisierten Gruppierungen feststellen. Diese Struktur deckt sich zu einem guten Teil mit den Strömungen des konventionellen Naturschutzes und des pragmatischen Umweltschutzes einerseits und der politischen Ökologie andererseits.

Traditionelle Naturschutzverbände

Zu den ältesten und bedeutendsten unter den heute noch bestehenden Naturschutzorganisationen zählen der Bund für Vogelschutz (vergleiche jeweils die Strukturdaten im Anhang) und der Bund Naturschutz in Bayern. Unter den sekundären Natur- und Umweltschutzorganisationen sind vor allem der Deutsche Alpenverein[23] und die zahlreichen Wander-, Gebirgs- und Heimatvereine[24] zu nennen. Freilich sind nicht alle Verbände, die historisch dem traditionellen Naturschutz zugehörten, auch in diesem Lager verblieben. So hat vor allem der Bund Naturschutz in Bayern nach einer strukturellen, personellen und programmatischen Erneuerung um 1969/70 das Terrain des betulichen, unpolitischen Landschafts- und Artenschutzes überschritten und sich inzwischen zu einem kämpferischen Umweltverband entwickelt[25]. Andererseits sind in den Nachkriegsjahrzehnten auch neue Vereine und Verbände entstanden, die noch weitgehend den Mustern des konventionellen Naturschutzes verhaftet sind. Nachdem das Feld des allgemeinen Naturschutzes bereits durch bestehende Organisationen besetzt war, konstituierten sich in dieser Ära vor allem Naturschutzorganisationen mit spezielleren Zielsetzungen. Zu nennen sind hier zum Beispiel die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald[26] und die bundesrepublikanische Sektion des World Wildlife Fund[27].

23 Der Deutsche Alpenverein (DAV) wurde 1869 gegründet. Er umfaßte 1986 rund 450 000 Mitglieder in etwa 300 Sektionen. Immerhin drei hauptamtliche Mitarbeiter sind im Bereich des Umweltschutzes beschäftigt. Historisch und personell eng mit dem DAV verbunden ist der »Verein zum Schutz der Bergwelt« (gegr. 1900) mit derzeit rund 5 000 Mitgliedern, jedoch ohne hauptamtliche Kräfte.

24 Dem Verband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine gehörten im Jahr 1983 über 520 000 Einzelmitglieder, dem Deutschen Heimatbund (gegr. 1904) 1984 rund 500 000 Einzelmitglieder an. Vgl. M. Leonhard, Umweltverbände. Zur Organisation von Umweltschutzinteressen in der Bundesrepublik, Opladen 1986, S. 136 und 143.

25 Vgl. dazu sehr detailliert Hoplitschek, a. a. O. (Anm. 14).

26 Unmittelbarer Anlaß für die 1947 erfolgte Gründung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SGW) war die Befürchtung großflächiger Zerstörungen und Kahlschläge durch die damaligen Besatzungsmächte. Die SGW ist durch ihre honorige Führung, die Einbindung in Naturschutzbeiräte und Regionalplanungsbeiräte sowie durch die Abhängigkeit von staatlichen Zuwendungen auf Kooperation mit staatlichen Instanzen eingestimmt. Zwar konstatiert der ehemalige Landtagspräsident Rudolf Hanauer als Vorsitzender des bayerischen Landesverbandes, daß »durch unser Volk ..., gefördert durch den sauren Regen, ein Erwachen (gehe)«. (Ansprache bei der Mitgliederversammlung

Neben ihren programmatischen und ideologischen Gemeinsamkeiten weisen die genannten Organisationen auch hinsichtlich ihrer Struktur und ihrer bevorzugten Aktionsformen gemeinsame Merkmale auf. Mit Ausnahme des als Stiftung bestehenden World Wildlife Fund handelt es sich um Organisationen auf der Basis von individueller Mitgliedschaft. Sie bevorzugen im allgemeinen einen an die Gliederung der Gebietskörperschaften angelehnten hierarchischen Organisationsaufbau mit einem hohen Formalisierungsgrad und klar definierten Zuständigkeiten. Die größten Organisationen verfügen über eine halbwegs angemessene sachliche und personelle Ausstattung einschließlich eines fachkundigen Mitarbeiterstabes – im Falle des Deutschen Bundes für Vogelschutz immerhin rund 60 Angestellte (einschließlich ABM-Stellen und Zivildienstleistende).

Die zentrale Dachorganisation im Naturschutzbereich ist der 1950 gegründete *Deutsche Naturschutzring* (DNR). Ihm sind 94 Verbände mit insgesamt 3,3 Millionen Einzelmitgliedern (Stand 1985) angeschlossen. Diese beeindruckend hohe Mitgliederzahl erklärt sich zu einem guten Teil aus der Eingliederung großer Fachverbände, die als Zweitorganisationen im Bereich des Naturschutzes einzustufen sind (beispielsweise Tierschutzverbände, Heimatvereine, Deutsches Jugendherbergswerk, naturkundliche und naturwissenschaftliche Vereine) und solchen Verbänden, die eher als Naturnützer denn als Naturschützer bezeichnet werden können (etwa Deutsche Reiterliche Vereinigung, Verbände von Jägern, Fischern, Imkern, Kanuten, Sporttauchern). Die nominelle Größe des DNR steht allerdings in deutlichem Kontrast zu seinem faktischen Einfluß. Aufgrund seiner heterogenen Zusammensetzung und der widerstreitenden Partikularinteressen vieler seiner Einzelverbände (zum Beispiel Reiter contra Tierschützer; Wanderer contra Jäger), auch aufgrund des seit Mitte der siebziger Jahre verstärkt aufgebrochenen ideologischen Grundsatzstreits (unpolitischer Naturschutz versus politischer Umweltschutz) ist der DNR ständig von Selbstblockierungstendenzen und Abspaltungen bedroht. Er ist unter diesen Bedingungen auch kaum zu dezidierten, offensiven Aussagen oder gar Aktionen fähig. Hinzu kommt seine – gemessen an der Stärke vieler Einzelverbände – eher bescheidene personelle und finanzielle Ausstattung und die Abhängigkeit von öffentlichen Finanzhilfen (in den vergangenen Jahren zwischen 50 bis 65 Prozent des jeweiligen Budgets). Der DNR ist damit gleichsam ein unbeweglicher Koloß auf starken Füßen, dessen Handikap darin besteht, daß seine Füße in alle möglichen Richtungen zeigen. Inzwischen deutet sich jedoch beim DNR eine Neuformierung an. Aufgrund einer Satzungsänderung im Jahr 1984 haben die bislang in einer klaren Minderheitsposition befindlichen Naturschützer gegenüber den Naturnützern eine Majorität der Stim-

---

am 25. 10. 1985 im Landwirtschaftsministerium München, Manuskript S. 10.) Doch muten die Aktivitäten der SGW im Zeichen des »Waldsterbens« noch immer sehr zurückhaltend an.

27 Vgl. dazu den informativen Artikel (»Ein Verein wird zur Firma«) über das 1971 eingeführte professionelle Management der Stiftung in: Manager Magazin, September 1985, S. 220ff.; vgl. auch die Strukturdaten im Anhang des vorliegenden Beitrages.

men erlangt[28]. Zugleich steht mit dem derzeit debattierten »Aktionsprogramm Ökologie« ein neues Grundsatzprogramm in Aussicht, das eine Abkehr vom herkömmlichen Naturschutzverständnis signalisiert.

Organisationen des pragmatischen Umweltschutzes

Gerade am Beispiel des DNR läßt sich zeigen, wie eng und spannungsreich die Bereiche des konventionellen Naturschutzes und des pragmatischen Umweltschutzes in der Praxis miteinander verzahnt sind. Mitglied und zugleich potentieller Gegenspieler des DNR ist der *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND). Nicht zuletzt aufgrund der strukturellen Immobilität des DNR wurde der BUND 1975 »von oben«, das heißt durch die Initiative einiger weniger Funktionäre und Persönlichkeiten aus dem Umweltschutzbereich, ins Leben gerufen. Der bereits erwähnte Bund Naturschutz in Bayern war dabei zugleich entscheidender Geburtshelfer, gewichtigstes »Stammkapital« und organisatorisches wie programmatisches Modell für den Bundesverband[29]. Der BUND wurde nach einer Phase anfänglicher Schwierigkeiten und Querelen rasch und zielstrebig zu einer flächendeckenden Organisation in allen Bundesländern ausgebaut. Mitte 1986 umfaßte der BUND insgesamt 145 000 Mitglieder, von denen 32 000 direkt, also ohne Zugehörigkeit zu einem Landesverband, registriert sind[30]. Als weitaus

28 Ein Ergebnis ständiger Konfrontationen mit den Verbänden der Natur»nützer«, vor allem den Jagdverbänden, war der Austritt des Deutschen Tierschutzbundes als dem damals größten Einzelverband des DNR im Jahr 1982. Der Vorsitzende des im DNR verbliebenen »Bund gegen den Mißbrauch der Tiere« forderte den Ausschluß des Deutschen Jagdschutz-Verbandes. Vgl. J. Schreiber, Ringkämpfe, in: Natur, 6 (1983), S. 36ff. Bezeichnenderweise bezogen auch die dem DNR angeschlossenen Jagdverbände öffentlich gegen die vom DNR geforderte Verbandsklage Stellung. Insider halten inzwischen einen Austritt der Jagdverbände aus dem DNR für wahrscheinlich. Nach dem bereits im Juni 1980 angekündigten und 1981 vollzogenen Austritt des BUND-Landesverbandes Baden-Württemberg wegen Differenzen mit den Jagdverbänden ist der Austritt der BUND-Bundesorganisation derzeit in der Schwebe. Eine dem DNR bereits vorliegende Austrittserklärung des zuletzt amtierenden Vorstandes wird möglicherweise annulliert. Gegengründungen zu den genuinen Natur- und Umweltschutzverbänden wie der im Oktober 1979 konstituierte »Verband zur Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege« (Gründungsmitglieder – darunter auch Mitglieder des DNR – waren unter anderen die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, Deutscher Bauernverband, Verband Deutscher Sportfischer) blieben bislang bedeutungslos.

29 Bei der Gründung des BUND übernahm Hubert Weinzierl, seit 1969 Vorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern (BN), zunächst das Amt des Zweiten Vorsitzenden und später das des Ersten Vorsitzenden; Rudolf Steininger, Geschäftsführer des BN, wurde Schatzmeister des BUND. Weinzierl ist zugleich langjähriges Präsidialmitglied des DNR.

30 Derzeit wird eine eigenständige Jugendorganisation (»BUND Jugend«) aufgebaut, die im Frühjahr 1986 bereits rund 18 000 Mitglieder zählte.

stärkster Landesverband stellt der Bund Naturschutz in Bayern über 40 Prozent aller Mitglieder des BUND.

Rhetorik, Programmatik und Aktionen des BUND sind weitaus konfliktfreudiger und aggressiver als bei konventionellen Naturschutzorganisationen, obgleich deren Aufgabenspektrum (zum Beispiel Artenschutz, naturkundliche Aufklärung und Wanderungen) durchaus mit abgedeckt werden. Der BUND beziehungsweise seine Untergliederungen beziehen entschieden gegen die Nutzung der Atomenergie Stellung, schalten sich aktiv in »heiße« Konflikte (Startbahn West, Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf etc.) ein, suchen umweltbelastende Projekte durch den Aufkauf von »Sperrgrundstücken« und durch Verwaltungsgerichtsverfahren zu blockieren. Auch werden zuweilen Regierungsvertreter in einem Ton attakkiert[31], der Repräsentanten des konventionellen Naturschutzes nie über die Lippen käme. Allerdings ist der BUND zugleich darum bemüht, als seriöse, sachkompetente Organisation Anerkennung zu finden und in einschlägige politisch-administrative Verfahren eingeschaltet zu werden.

Ein wichtiger »newcomer« im Bereich des pragmatischen Umweltschutzes ist *Greenpeace*. Die deutsche Sektion entstand im Jahr 1981. Sie ist straff und zentralistisch organisiert. Auf nationaler Ebene besteht ein kleiner Führungszirkel, der sich vor allem auf einen Stab von rund 35 hauptamtlichen Mitarbeitern und freiwilligen Helfern in der Hamburger Zentrale stützt. Die rund 40 regionalen beziehungsweise lokalen »Kontaktgruppen« (in einer Größenordnung von fünf bis vierzig Mitgliedern) sind ganz von den Entscheidungen der Zentrale abhängig[32]. Aufgrund spektakulärer, medienwirksam inszenierter Aktionen hat Greenpeace ein hohes Spendenaufkommen, dessen Hauptteil von den rund 120 000 regelmäßigen Förderern (Stand: Ende 1986) aufgebracht wird. Hinzu kommen Erlöse aus dem Warenverkauf (Zeitschriften, T-Shirts, Buttons etc.), so daß die Organisation über einen Jahresetat von rund 7,5 Millionen DM (1985) verfügen kann. In ihrer strikten Professionalisierung und Zentralisierung liegt die Stärke und Schwäche der Organisation. Einerseits werden so generalstabsmäßig geplante Überraschungsaktionen selbst in den entferntesten Zonen der Erde ermöglicht, andererseits bildet die verordnete Unselbständigkeit von Kontaktgruppen und Mitarbeitern einen beständigen Anlaß zu Frustrationen und zu hoher personeller Fluktuation.

---

31 So attestierte zum Beispiel Hubert Weinzierl Bundeskanzler Helmut Kohl anläßlich der Vorlage des umweltpolitischen Tätigkeitsberichtes der Bundesregierung für das Jahr 1984 einen »ökologischen Analphabetismus von geradezu erregender Schlichtheit.« (die tageszeitung vom 19. 12. 1984, S. 1.).

32 »Unter dem Namen Greenpeace können ohne unser Wissen und unsere Zustimmung [der Hamburger Zentrale, d. V.] keinerlei Flugblätter oder Presseerklärungen herausgegeben werden, ja nicht einmal Leserbriefe geschrieben werden.« Greenpeace-Nachrichten, o. J., Nr. 1, o. S., zitiert nach H. Kunz, Die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltorganisation Greenpeace, Magisterarbeit an der Universität München, 1984, S. 76.

Im Schatten dieser großen und bekannten Verbände stehen verschiedene Stiftungen[33] sowie zahlreiche kleinere Vereinigungen und lose Gruppierungen, die sich meist auf Teilgebiete der Umweltproblematik spezialisiert haben.

Eine dieser sektoralen Organisationen ist die *»Bundesvereinigung gegen Fluglärm«*, die im Herbst 1967 als Zusammenschluß von sechs lokalen Initiativen entstand[34], 1973 über 60 Gruppen und Kommunen umfaßte und nur noch langsam expandierte. Struktur und Arbeitsweise der Bundesvereinigung sind eher konventionell ausgerichtet und stärker auf kritische Kooperation denn auf Konfrontation mit Verwaltungen und Behörden angelegt, zumal über ein Drittel der Mitglieder aus Städten und Gemeinden besteht und viele örtliche Gruppierungen in den offiziellen Fluglärmkommissionen vertreten sind. Möglicherweise ist die eher gemäßigte Ausrichtung der Vereinigung auch der Grund dafür, daß die in den vergangenen Jahren an vielen Orten entstandenen Initiativen gegen den militärischen (Tief-)Fluglärm (derzeit rund 200 Gruppen) sich weitgehend separat koordinieren und zu wesentlich offensiveren Widerstandsaktionen greifen[35].

Informell hinsichtlich der Organisationsstruktur und politisch offensiv ist auch der Verbund der *Verkehrsinitiativen* im Rahmen der Vereinigung »Arbeitskreis Verkehr und Umwelt«[36]. Mit äußerst geringen Mitteln, aber hoher sachlicher Kompetenz, wird durch den Arbeitskreis seit 1977/78 ein bundesweiter Informations- und Erfahrungsaustausch gewährleistet, an dem rund 1 000 Gruppen und Kontaktpersonen im Bundesgebiet partizipieren[37]. Der Arbeitskreis war ursprünglich im Rahmen des BBU angesiedelt (ohne sich auf dessen Mitgliedsgruppen zu

33 Läßt sich der World Wildlife Fund (vgl. auch Anm. 27) eher dem Zweig des Naturschutzes zuordnen, so haben andere Stiftungen eine deutlichere ökologische Akzentuierung. Zu verweisen ist auf die »Georg Michael Pfaff Gedächtnisstiftung« in Kaiserslautern mit ihren beiden 1975 ins Leben gerufenen »Töchtern«, der »Stiftung Mittlere Technologie« und der »Stiftung Ökologischer Landbau«. Das gesamte Stiftungsvermögen belief sich zur Jahresmitte 1985 auf rund 5,7 Millionen DM; die Erträge und Spenden der zurückliegenden zwölf Monate lagen bei knapp 1 Million DM. Dagegen ist die ebenfalls ökologisch orientierte »Deutsche Umweltstiftung« ein »Zwerg«. Sie wurde im März 1982 in Mainz von 450 Stiftern gegründet. Ihr Vermögen betrug im Frühjahr 1986 lediglich 200 000 DM. Aufgrund dieser Finanzlage kann diese Stiftung auch kein hauptamtliches Personal beschäftigen.

34 Zur (Vor-)Geschichte der Organisation vgl. Oeser, Progressive und reaktionäre Bürgerinitiativen, in: Haffner, a. a. O. (Anm. 11), S. 38ff.

35 Hierzu gehört etwa die Behinderung von Tiefflügen durch Fesselballons – eine teils ohne Genehmigung durchgeführte Aktion, die von den Initiatoren ausdrücklich als ein Akt zivilen Ungehorsams verstanden wird. Vgl. etwa den Bericht über die bundesweite Aktionswoche gegen Tiefflieger in: die tageszeitung vom 3. 6. 1985.

36 Initiatoren und Träger des Arbeitskreises sind einige Mitglieder der »Bürgerinitiative Westtangente e. V. Berlin«. Zur Geschichte des Arbeitskreises vgl. Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (Hrsg.), Prinzipielle Verkehrsberuhigung. Ein Verkehrspolitisches Programm, Bonn 1982, S. 41ff.

37 Ein wichtiges Medium hierfür ist der seit Januar 1980 mehrmals jährlich erscheinende »Informationsdienst – Verkehr«.

beschränken), hat sich jedoch 1985 nach jahrelangen Spannungen mit Teilen des Vorstands und der Geschäftsführung unabhängig gemacht. In enger Verbindung mit dem Arbeitskreis werden seit 1978 in (meist) zweijährigem Turnus bundesweite Verkehrskongresse durchgeführt, bei denen ein breites Themenspektrum – von Fragen punktueller Verkehrsberuhigung bis hin zu Problemen des Bundesfernstraßenbaus und des Luftverkehrs – diskutiert sowie Lösungsvorschläge und Programme erarbeitet werden.

In vergleichbarer Weise und mit ähnlichem Selbstverständnis kooperieren auch *Initiativen im technischen und wissenschaftlichen Bereich* (unter anderem Wissenschaftsläden) und im *Gesundheitsbereich* (zum Beispiel Gesundheitsläden, Elterninitiativen gegen Pseudo-Krupp-Husten, Formaldehyd-Geschädigte). Wie die Verkehrsinitiativen sind auch diese Gruppen aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung nur schwer zu klassifizieren. Einzelne Gruppen, die aus einer unmittelbaren Betroffenheit heraus entstanden sind, werden sich weder der Ökologie- noch der Selbsthilfebewegung zurechnen, während andere (etwa die Träger der rund 25 Gesundheitsläden) sich durchaus mit Strömungen der politischen Ökologie identifizieren.

Organisationen der politischen Ökologie

In diesem Bereich hat sich seit Anfang der siebziger Jahre ein weitverzweigtes und sehr dynamisches Spektrum von Organisationen und informellen Gruppierungen entwickelt.

Der im Juni 1972 als Zusammenschluß von 15 regionalen Gruppierungen entstandene *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* (BBU) nahm bis Anfang der achtziger Jahre eine politisch und strategisch wichtige Funktion für die Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung ein[38]. Strukturell gesehen ist der BBU ein Versuch, das Prinzip autonomer Basisinitiativen mit dem eines schlagkräftigen Interessenverbandes zu versöhnen. In politischer Hinsicht changierte der BBU zwischen ökologischer Fundamentalopposition und pragmatischer politischer Intervention. Zugleich versuchte er zwischen sozialdemokratischen und grünen Neigungen beziehungsweise Avancen einen überparteilichen Kurs zu steuern. Diese Balanceakte waren auf Dauer zu prekär. Der BBU sah sich wachsender interner und externer Kritik ausgesetzt[39]. Hinzu kam das verstärkte Gewicht

38 Vgl. dazu U. Kempf, Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), in: B. Guggenberger/U. Kempf (Hrsg.), Bürgerinitiativen und repräsentatives System, 2. neubearb. und erw. Aufl., Opladen 1984, S. 404ff.; B. Rieder, Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Geschichte, Struktur und Aktionsformen einer Dachorganisation der Ökologiebewegung. Wissenschaftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Amt des Studienrats, Freie Universität Berlin 1980.

39 Vgl. dazu Rucht, Unkonventionelle Verbände? – Bürgerinitiativen zwischen Protest und Integration, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium, 1 (1982), S. 42ff.

direkter oder indirekter Konkurrenzorganisationen, so daß der Verband in den vergangenen Jahren ins Hintertreffen geriet. Der zu seinen besten Zeiten verkündete und ständig kolportierte Anspruch, knapp 1000 Initiativen mit weit über 300000 Mitgliedern zu verkörpern, war schon immer weit übertrieben[40]. In den letzten Jahren stand es mit dem BBU nicht zum besten. Interne Zwistigkeiten führten zu demonstrativen Austritten von Initiativen und Vorstandsmitgliedern. Die Zahl der Mitgliedsgruppen liegt derzeit bei rund 300. Die Bonner Geschäftsstelle ist chronisch überlastet. Finanziell steht der BBU noch immer am Rande des Ruins. Ob der inzwischen eingeschlagene Konsolidierungskurs den BBU zu stabilisieren vermag, wird sich erst erweisen.

Parallel zum Niedergang des BBU erfolgte der Aufstieg der Bundespartei DIE GRÜNEN, auf die hier nicht näher eingegangen wird. (Siehe dazu die Beiträge von *Lutz Mez, Richard Stöss* und *Detlef Murphy/Roland Roth* in diesem Band.) Im Hinblick auf Finanz- und Personalvolumen, Publizität und politische Einflußmöglichkeiten ist diese Partei heute sicher die potenteste Organisation der bundesdeutschen Ökologiebewegung.

Zum Netzwerk der politischen Ökologie zählt weiterhin eine Fülle kleinerer, im Hinblick auf Tätigkeitsformen, Inhalte oder Zielgruppen spezialisierter Organisationen, von denen hier lediglich drei exemplarisch vorgestellt werden sollen.

Das größte und bekannteste unter den autonomen, ökologisch orientierten Forschungsinstituten[41] ist das 1977 gegründete *»Öko-Institut* – Institut für angewandte Ökologie« mit Sitz in Freiburg. Es will »im Kampf für eine menschenwürdige Zukunft und lebensschonende Zivilisation« den »Bürgern helfen, wissenschaftliche Unterstützung... zu gewinnen«[42] und dem Übergewicht von Experten aus Industrie und Administration entgegenzuwirken. Träger des Instituts sind die derzeit rund 4400 Vereinsmitglieder. Wichtigste Finanzierungsquellen sind Mitgliedsbeiträge, Spenden und Projektaufträge, die – etwa als »kritische Gegengutachten« – zuweilen auch von öffentlichen Stellen vergeben werden.

Im Jahr 1982 entstand im norddeutschen Raum aus einer Abspaltung von Greenpeace *Robin Wood.* Zu diesem Zeitpunkt gewann gerade die Debatte um das

40 Bezeichnenderweise waren selbst Vorstandsmitglieder des BBU weitgehend auf Vermutungen angewiesen. Selbst eine sehr großzügige Schätzung, bezogen auf die Glanzzeiten des BBU (etwa 450 »direkte« Mitgliedsgruppen mit durchschnittlich je 100 Einzelmitgliedern gegen Ende der siebziger Jahre), ergäbe weniger als 50000 Einzelmitglieder. Allerdings besagt diese nominelle Zahl wenig über das Mobilisierungspotential des BBU und sein politisches Gewicht innerhalb der Ökologiebewegung.

41 Ein Großteil dieser meist sehr kleinen Institute hat sich in der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) zusammengeschlossen. Dieser lockere Verbund wurde im Sommer 1980 von 15 Einrichtungen initiiert und umfaßte 1985 bereits 45 Institute, darunter allerdings auch einige kommerzielle Planungsbüros und kleinindustrielle Produzenten.

42 Gründungserklärung vom 6. 11. 1977, S. 3.

»Waldsterben« an Breitenwirkung. Dieses Problem gab der Organisation den Anstoß für ihren Namen und für die Konzentration auf Fragen der Luftverschmutzung. Organisatorisch setzt sich Robin Wood entschieden vom größeren Bruder Greenpeace ab, achtet strikt auf basisdemokratische Entscheidungs- und Handlungsstrukturen. Hinsichtlich des Aktionstypus ist die Organisation jedoch im wesentlichen eine Kopie von Greenpeace. Robin Wood stützt sich auf ein Koordinationsbüro in Bremen sowie knapp 20 Initiativgruppen und einen Kreis von rund 750 fördernden Mitgliedern im ganzen Bundesgebiet. Im Unterschied zu Greenpeace bleibt die Organisation auf den nationalen Bereich beschränkt. Finanziell und personell verfügt sie nur über einen Bruchteil der Ressourcen von Greenpeace.

Die *»E. F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie«* wurde 1980 in München ins Leben gerufen. Ihr satzungsgemäßer Zweck ist die »Förderung von ökologischem Bewußtsein, Friedensbereitschaft und lebendiger Demokratie durch Bildungs- und Forschungsarbeit in Gesellschaft und Politik«. Faktisch konzentriert sich der Verein auf die Durchführung von Seminaren, Symposien, Arbeitskreisen und ökologischen Bildungsreisen. Von einer eigenen Forschungsarbeit kann jedoch schon aufgrund der schwachen finanziellen Basis keine Rede sein[43]. Die Gesellschaft ist im Grunde eine lose Assoziation von wenigen Arbeitskreisen und vor allem von engagierten ökologischen »Einzelkämpfern«. Diese sind vorwiegend im publizistischen und wissenschaftlichen Bereich angesiedelt und verfügen zum Teil über weitverzweigte internationale Kontakte[44].

Schließlich ist dem Sektor der politischen Ökologie eine Vielzahl *informeller Zirkel und Initiativen* zuzurechnen, die sich um bestimmte Themenschwerpunkte gruppieren (Landbau, Ernährung, Gesundheit, Reproduktionstechnologien, Verkehr, Dritte Welt etc.). Das Gros dieser Initiativen ist jedoch im Energiebereich, insbesondere im Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie, aktiv. Die Anti-AKW-Gruppen bildeten und bilden noch immer den Kern und die treibende Kraft der Ökologiebewegung. Diese Initiativen verfügen in ihrer Mehrzahl weder über verbindliche organisatorische Strukturen noch über einen professionellen

43 In der Startphase wurde der Verein weitgehend von Geldern der GRÜNEN finanziert, die jedoch nicht zuletzt aufgrund großzügig gewährter Personalmittel für den Präsidenten, Carl Amery, und den damaligen Geschäftsführer, Max Winkler, rasch aufgebraucht waren. In den letzten Jahren mußte die Gesellschaft mit einem bescheidenen Jahresetat auskommen und sich weitgehend auf ehrenamtliche Mitarbeiter stützen (vgl. die Strukturdaten im Anhang).

44 Einige renommierte Mitglieder der Schumacher-Gesellschaft sind in »Ecoropa« eingebunden. Hierbei handelt es sich um einen informellen, weitgehend auf persönlichen Kontakten und Freundschaften beruhenden Zusammenschluß von renommierten Ökologen und »Friedensbewegten« aus rund 15 europäischen Ländern und den USA, darunter der langjährige, inzwischen verstorbene Präsident Denis de Rougemont sowie Johan Galtung, Edward Goldsmith, Amory Lovins und Robert Jungk. Auf bundesdeutscher Seite sind unter anderen Carl Amery, Rudolf Bahro, Manfred Siebker (verstorben) und Alfred Mechtersheimer zu nennen.

Apparat. Sie sind jedoch auf vielschichtige Weise miteinander verknüpft und vermögen fallweise ein großes Sympathisantenpotential zu mobilisieren. Knotenpunkte dieses Netzes sind zum einen dauerhafte raumbezogene Koordinationsstrukturen (zum Beispiel badisch-elsässische Initiativen, Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen), unregelmäßige Landes- und Bundeskonferenzen sowie stärker spezialisierte Zirkel, etwa die bundesweite »Atommüllkonferenz« oder die Redaktionen von Anti-AKW-Zeitschriften.

Kooperation, Verflechtung, Strukturprobleme

Vor allem die bundesweiten Dachverbände stehen untereinander in ständigem Kontakt. Relativ unverbindliche Formen der Kommunikation beziehungsweise Koordination sind gelegentliche Beratungsgespräche, die Mitarbeit in offiziellen Gremien, zum Beispiel der Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen[45] oder gemeinsame Aufrufe und Pressekonferenzen. Daneben kommt es zu längerfristigen, halb formalisierten Aktionsbündnissen (etwa im Rahmen der »Aktionsgemeinschaft gegen das Waldsterben« oder anläßlich der Durchführung des Deutschen Umwelttages) und auch zu institutionalisierten Verklammerungen. Diese sind meist historisch gewachsen und haben zu sehr unübersichtlichen Konstruktionen geführt[46]. Weiterhin sind die großen nationalen Organisationen als formelle Mitglieder dem Europäischen Umweltbüro (EEB) angeschlossen[47].

45 Die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen (AGU) wurde 1971 aufgrund einer Initiative des Bundesinnenministeriums als »Bestandteil des Umweltprogramms der Bundesregierung« institutionalisiert. Sie versteht sich als »Clearing-Stelle der Umweltdiskussion«, ist also eine reine Informations- und Gesprächsrunde ohne Entscheidungskompetenzen. Mitglieder im Jahr 1985 waren 145 Verbände, Institutionen und Gebietskörperschaften (von der Abwassertechnischen Vereinigung bis zum Zentralverband des Deutschen Handwerks), 62 Firmen und Konzerne und 131 Einzelpersönlichkeiten. Unter den Verbänden sind fast alle großen Umweltorganisationen, aber auch deren Antagonisten wie das Deutsche Atomforum oder der Verband der Chemischen Industrie, vertreten. Neben den Routinetagungen der AGU sind die seit 1973 jährlich stattfindenden »Umweltforen« als Spiegel des jeweils aktuellen Diskussionsstandes von Interesse.

46 So ist z. B. die Bundesorganisation des BUND Mitglied im DNR, während der BUND-Landesverband Baden-Württemberg bereits seinen Austritt vollzogen hat (vgl. Anm. 28). Einzelne Landesverbände des BUND sind zugleich Mitglieder des BBU. Der BBU hat wiederum in vier Bundesländern (Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein) eigene nominelle Landesverbände. Einzelne Initiativen in diesen Ländern sind direkte Mitglieder des BBU, während andere zwar dem BBU-Landesverband angeschlossen sind, jedoch nicht dem BBU im strikten Sinne angehören, da dies ein nominelles Aufnahmeverfahren und Beitragszahlungen der Einzelinitiative an den BBU voraussetzen würde. Diese unübersichtlichen Verhältnisse erlaubten es auch dem BBU, mit überhöhten Mitgliederzahlen zu operieren (vgl. Anm. 40).

47 Folgende Organisationen aus der Bundesrepublik waren 1985 dem EEB angeschlossen: BUND, BBU, DNR, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Greenpeace, Robin Wood, World Wildlife Fund, Deutscher Bund für Vogelschutz. Der DNR ist zudem Mitglied der

Es wäre verfehlt, angesichts all dieser Formen der Kooperation und Verflechtung auf ein hohes Maß an Interessenidentität der beteiligten Organisationen zu schließen. Formelle Mitgliedschaft ist nicht immer gleichbedeutend mit intensiver Beteiligung oder gar inhaltlicher Zustimmung, wie das Beispiel des DNR lehrt. Die Gemeinsamkeit diverser Aktionen entspringt oft nur dem Interesse, in der Konkurrenz um knappe Ressourcen und Möglichkeiten öffentlicher Selbstdarstellung nicht an Boden zu verlieren. Hinter und zuweilen auch vor den Kulissen ringen die Verbandsvertreter mühsam um Einfluß, Pfründe, Kompromiß und Konsens. Dabei sind persönliche Profilierungsbemühungen, parteipolitische Affinitäten, Organisationspatriotismus und umweltpolitisches Engagement schwerlich auseinanderzuhalten. Die tiefer verankerten Trennungslinien sind jedoch durch die bereits bezeichneten politisch-ideologischen Grundorientierungen vorgezeichnet. So ist es wohl kein Zufall, daß den Hauptströmungen des unpolitischen Naturschutzes, des pragmatisch intervenierenden Umweltschutzes und der systemkritischen politischen Ökologie auf Bundesebene zumindest bislang relativ klar konturierte Organisationskerne in Gestalt des DNR, des BUND sowie der Gruppe von BBU, GRÜNEN und autonomen Anti-AKW-Initiativen entsprachen.

Allerdings gehen strategische und politisch-ideologische Differenzen teilweise auch quer durch einzelne Organisationen. Dies gilt nicht nur für die Partei DIE GRÜNEN mit ihrem Fundamentalo-Realo-Dauerstreit oder für die Anti-AKW-Bewegung mit ihrer Gewaltdiskussion, sondern auch für die bereits angedeuteten, weitaus weniger bekannten Binnenkonflikte des DNR und des BBU.

Zu den externen und internen Differenzen kommen strukturelle Belastungen, die sich aus der chronischen Unterfinanzierung der meisten Organisationen ergeben. Diese sehen sich – etwa bei Gerichtsstreitigkeiten, Anhörungen zu Gesetzgebungsverfahren oder sonstigen fachlichen Stellungnahmen – zumeist bestens gerüsteten Widersachern aus politischer Administration und Wirtschaftsverbänden gegenüber, denen sie oft nur selektiv und unter extremem Energieaufwand Paroli zu bieten vermögen. Von einer kontinuierlichen, flächendeckenden und kompetenten Einflußnahme auf den gesamten Bereich der Umweltpolitik kann somit keine Rede sein[48]. Nachweisbare, institutionell verankerte Erfolge der Umweltschützer sind selten. Faktisch bleibt die Ökologiebewegung in der Bundesrepublik noch immer auf ihre Rolle als Ankläger, Störenfried und Kassandra beschränkt, so »mächtig« sie auch im internationalen Vergleich erscheinen mag.

International Union for Conservation of Nature (IUCN) in Genf, fungiert als nationale Verbindungsstelle des Europäischen Informationszentrums für Naturschutz beim Europarat und ist am United Nations Environment Programme (UNEP) in Nairobi beteiligt.

48 Vgl. dazu E. Müller, a. a. O. (Anm. 22), S. 120. Bezeichnenderweise werden in einem weiteren Standardwerk zur Umweltpolitik die Natur- und Umweltverbände nur ganz am Rande erwähnt. Vgl. G. Hartkopf/E. Bohne, Umweltpolitik, Bd. 1, Opladen 1983, S. 138.

III. Schlußbemerkungen

1. Das organisatorische Gesamtgefüge in den Sektoren Naturschutz, Umweltschutz und politischer Ökologie unterlag seit Beginn der siebziger Jahre *starken Wandlungen.* Bestehende Naturschutzorganisationen wurden dynamisiert und vollzogen programmatische und strukturelle Reformen; neue Organisationen entstanden als basisorientierte Zusammenschlüsse oder als Gründungen »von oben«; schließlich entwickelten sich auch lose Netzwerke, ohne ihren informellen Charakter grundsätzlich einzubüßen. Zwar kann man insgesamt eine *zunehmende Organisationsdichte* feststellen, doch bestand die Ökologiebewegung zu keinem Zeitpunkt als amorphes, unorganisiertes Konglomerat von Einzelpersonen und Kleingruppen. Ihr Rückgrat, vor allem bei größeren und/oder längerfristigen Aktionen und Kampagnen, bestand aus mehr oder weniger formalisierten Organisationen.

2. Die derzeitige Basis der Ökologiebewegung bildet ein loser, äußerst *komplexer Verbund von* jeweils in sich konsistenteren *Netzwerken*[49]. Dieser Verbund reicht von der lokalen bis zur internationalen Ebene. Er enthält mehrere Zentren, deren Gewicht je nach Themen oder Aktionsfeldern variiert, sowie Organisationen höchst unterschiedlicher Größenordnung, Struktur, Programmatik und ideologischer Ausrichtung. Besonders die nicht spezialisierten Organisationen im Bereich des Natur- und Umweltschutzes stehen in einer zumindest indirekten Konkurrenz um Mitglieder, Ressourcen und Einfluß. Andere Organisationen agieren zum Teil als Quasi-Monopolisten innerhalb enger Teilgebiete. Trotz der Größe einzelner bundesweiter Organisationen konnte doch *keine* einzelne unter ihnen eine *hegemoniale Stellung* einnehmen und etwa die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse der Ökologiebewegung insgesamt dominieren[50]. Auf längere Sicht dürften allerdings die professionell geführten großen Mitgliederorganisationen gegenüber den losen Netzwerken autonomer Gruppierungen ein größeres Gewicht erlangen.

3. Trotz der in den siebziger Jahren rasch vorangeschrittenen überregionalen Vernetzung von Gruppen und Verbänden ist keine Tendenz zur organisatorischen Homogenisierung der Ökologiebewegung erkennbar. Abspaltungen von bestehenden Organisationen, vor allem aber die zahlreichen neugegründeten, oft themen- und situationsspezifisch entstandenen Organisationen haben somit in der

49 Ob soziale Bewegungen schlechthin »in struktureller Hinsicht ... als *mobilisierte Netzwerke von Netzwerken*« (F. Neidhardt, Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen, in: S. Hradil, Sozialstruktur im Umbruch, Opladen 1985, S. 197) verstanden werden können oder dies lediglich für bestimmte Typen oder Phasen von sozialen Bewegungen gilt, sei hier dahingestellt.

50 Vgl. auch W. Sternstein, Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Ökologiebewegung (Studie im Rahmen der Projekts »Verhaltensbestimmende kognitive Elemente im nichtnumerischen Modell«, Institut für angewandte Systemforschung und Prognose e. V.), Hannover 1981, S. 31f.

Anhang: Strukturdaten ausgewählter Organisationen des Naturschutzes und der Ökologiebewegung

Organisation	Gründung	Mitglieder (1985)	Einnahmen in Tsd. DM (1985)	profess. Mitarbeiter (1985)	organisatorische Struktur
Deutscher Naturschutzring (DNR)	1950	3,3 Mio.	701	4 voll und mehrere teilzeit[1]	Dachverband auf Bundesebene mit 94 Mitgliedsverbänden
Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND)	1975	140 Tsd.	3 170	12 voll, 4 teilzeit[1]	föderativer Bundesverband mit 11 Landesverbänden sowie Kreis- und Ortsgruppen; eigene Jugendorganisation
Bund Naturschutz in Bayern	1913	66 Tsd.	6 926	11	seit 1975 Landesverband des BUND, gegliedert in 75 Kreis- und 650 Ortsgruppen
Deutscher Bund für Vogelschutz (DBV)	1899	140 Tsd.	2 600	ca. 60[2]	föderativer Bundesverband mit Landesverbänden, Kreis- und ca. 1000 Ortsgruppen, separater Landesbund in Bayern
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SGW)	1947	21 Tsd.	550	5[1]	föderativer Bundesverband mit Landesverbänden, Kreis- und Ortsgruppen; eigene Jugendorganisation
Bundesvereinigung gegen Fluglärm	1967	siehe rechte Spalte	ca. 20	keine	Föderation von 47 weitgehend autonomen Initiativen und Vereinen, 45 Städten und Gemeinden sowie 13 Einzelpersonen

Greenpeace Deutschland	1980	40 Gruppen 80 Tsd. Förderer	7 458	22	zentralistisch-hierarchischer Aufbau, Abhängigkeit vom International Council
World Wildlife Fund, Deutschland (WWF)	1961	50 Tsd. Förderer	7 500	42[3]	Stiftung mit professionellem Stab und strukturell voneinander isolierten Förderern
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)	1972	300 Gruppen 300 Förderer	ca. 100	3[3]	lose Föderation von weitgehend autonomen und heterogenen Landesverbänden sowie regionalen und örtlichen Gruppen
DIE GRÜNEN	1980	40 Tsd.	16 900	ca. 120[3] (Bundesebene)	föderative Bundespartei mit Landes-, Kreis- und Ortsorganisationen
Öko-Institut	1977	4,4 Tsd.	1 071	20[3]	strukturell voneinander isolierte Mitglieder, die eine Finanzierungsbasis bilden
Robin Wood	1982	750 Einzelmitglieder 19 Gruppen	459	8[4]	dezentralisierter, strikt basisdemokratischer Verbund
E. F. Schumacher Gesellschaft	1980	430	26	2[3]	loses, informelles Netzwerk auf der Basis persönlicher Kontakte

1 nur Bundesgeschäftsstelle
2 Geschäftsstellen auf Bundes- und Länderebene, einschließlich Zivildienstleistende und ABM-Stellen
3 einschließlich Teilzeitkräfte und/oder ABM-Stellen und ähnliches
4 Teilzeitkräfte und ABM-Stellen

Mit Ausnahme der Partei DIE GRÜNEN und der Stiftung World Wildlife Fund haben alle aufgeführten Organisationen die Rechtsform eines eingetragenen Vereins.

Tendenz eher zu einer weiteren *Diversifikation und Fragmentierung* der Bewegung geführt. Dieser Trend wird noch durch die Spezialisierung einer sich immer weiter verzweigenden und immer mehr Fachkunde erfordernden Umweltpolitik verstärkt. Das führt im Ergebnis zwar zu einer engeren Kooperation und Verflechtung auf sektoraler Ebene (etwa in den Bereichen Ernährung, Chemie, Verkehr), vollzieht sich aber gleichsam unterhalb einer ohnehin immer diffuser erscheinenden ökologischen Gesamtbewegung. Schon heute ist somit zweifelhaft, ob die Rede von *einer* Ökologiebewegung noch Sinn macht, ob damit auf der Ebene faktischer Gemeinsamkeiten wie subjektiver Zurechnung überhaupt eine kollektive Identität gestiftet werden kann[51].

4. Vergegenwärtigt man sich die Präsenz und Bedeutung von Organisationen der Ökologiebewegung in allen ihren Stadien, ihre Abhängigkeit von externen Parametern wie Regierungsprogrammen, publizistischen Themenkonjunkturen, politischen Kräftekonstellationen, kontigenten Ereignissen (Öl»krisen« oder Katastrophen wie in Tschernobyl), so fällt es schwer, aus der *Real*entwicklung eine Entwicklungs*logik* im Sinne einer gesetzmäßigen Stufenfolge herauszulesen[52]. Auch ein Blick auf die Aktivitätszyklen und strukturellen Wandlungen der weit ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Frauenbewegungen oder Friedensbewegungen läßt Zweifel aufkommen, ob und wann hier von strukturell vergleichbaren Phasen der »Ideologisierung«, »Organisation« oder der »Institutionalisierung« die Rede sein kann[53]. *Damit steht auch das »eherne Gesetz der Oligarchie«* (Robert Michels) *in Frage.* Selbst wenn einzelne Organisationen oder Teilbewegungen über den Weg der Institutionalisierung und Oligarchisierung dem Schicksal der Kooptation anheimfallen mögen, so scheint doch eine derart gelungene (Selbst-) Neutralisierung ursprünglich oppositioneller Gruppen erneuten Widerspruch zu induzieren, solange die Ursachen des Protests nicht beseitigt sind. Ein Ende des ökologischen Protests steht somit nicht in Aussicht.

---

51 Vgl. dazu K.-W. Brand/D. Büsser/D. Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft, 3. aktualisierte Aufl., Frankfurt 1986, S. 249f.

52 In diesem Sinne auch Paolo Donati: »According to the outcome of the interaction and of the bargaining of its components, a social movement will oscillate between institutionalization and pure movement expression... However, since a social movement area is an organized system, collective conflictual action cannot be analyzed in terms of a life cycle going from outbreak to institutionalization.«, in: Social Science Information, 23 (1984) 4/5, S. 855.

53 Empirisch haltbar ist meines Erachtens dagegen die These eines induktiven Entstehungsprozesses sozialer Bewegungen, also einer organisatorischen Verknüpfung und thematischen Generalisierung von zunächst örtlich und sachlich eng begrenzten Protesten.